

## Sicherheit im Kommunalen Cyberraum

(BS) "Wer sorgt für Sicherheit im Kommunalen Cyberraum?" Diese Frage stand im Mittelpunkt der Kommune 2.0-Sicherheitskonferenz im Fraunhofer Institut FOKUS.

Unter dem Motto der Veranstaltung "Wem können Bürgerschaft und Wirtschaft im Cyberraum trauen" alarmierte Staatssekretär und CIO Horst Westerfeld aus dem Hessischen Finanzministerium gleich zu Beginn in seiner Keynote die Konferenzteilnehmer. Westerfeld führte aus, dass von den mehr als 300.000 IT-Servern, die in Bund, Ländern und Kommunen heute im Einsatz sind, ungefähr die Hälfte – also rund 150.000 – außerhalb von professionell durch IT-Dienstleister geschützten Räumen betrieben werden. Westerfeld formulierte weiter: "Welche dieser Rechner nach BSI Grundschutz oder den Datenschutzanforderungen gemäß den Datenschutzbeauftragten entsprechen, sei dahingestellt. Sicher ist eines - die meisten dieser in nicht professionellen Rechenzentren untergebrachten Rechner und Daten sind vor privaten und staatlichen Hackern nicht sicher, die Rechner werden in der Regel nicht professionell administriert und sind oft ohne ausreichendes Backup in Betrieb."

Dr. Kay Ruge vom Deutschen Landkreistag erklärte: "Nach der Milieu-Studie des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet erwarten 60 Prozent der Bevölkerung von Wirtschaft bzw. vom Staat eine stärkere Gewährleistung von sicheren Rahmenbedingungen für die Nutzung des Internets." Diese staatliche Gewährleistungsfunktion trifft wegen der zahlreichen Bürgerkontakte insbesondere auch die kommunale Ebene. Angesprochen sind damit alle gut 11.000 Städte, Landkreise und Gemeinden. Insofern zielt die Initiative Kommune 2.0 mit der expliziten Berücksichtigung dieser Perspektive im Sinne eines Kommunalen Cyberraums in die richtige Richtung."

Franz Reinhard Habel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund sieht die Kommunen ebenfalls in der Pflicht: "Im Post-Prism-Zeitalter kommt der Sicherung von Daten und deren Kommunikation eine eminente Bedeutung zu. These: Alles was

digital werden kann, wird digital werden. Außerdem, alles was gespeichert werden kann, wird auch gespeichert werden. Das bedeutet, dass wir uns mit den Konsequenzen einer solchen Entwicklung auseinandersetzen müssen. Dabei gilt es, Gefährdungen frühzeitig zu erkennen, Schäden zu vermeiden und höchste Sicherheitsanforderungen zu verfolgen. Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft werden sich nur weiter entwickeln können, wenn im Zeitalter zunehmender Digitalisierung, Grundfragen der IT-Sicherheit und des Datenschutzes geklärt werden. Der Staat und damit auch die Kommunen übernehmen hier eine neue Sicherstellungsfunktion im Bereich der Datensvorsorge."

Gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut FOKUS, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Landkreistag wird die Initiative Kommune 2.0 deshalb Perspektiven zur sicheren Gestaltung kommunaler Cyberräume entwickeln, die mit einer Professionalisierung und Konsolidierung kommunaler Infrastrukturen einhergehen soll. Dr. Kay Ruge: "Mit Blick auf die infrastrukturellen, technischen, verwaltungsadministrativen und wirtschafts-ökonomischen Rahmenbedingungen ist bei der Entwicklung und Gestaltung kommunaler Cyberräume insbesondere die Kreis-ebene mit ihren 295 Landkreisen und 107 kreisfreien Städten gefordert. Wir können mithin von 402 kommunalen Cyberräumen sprechen."

Wolfgang Scherer, Vorsitzender des Kommune 2.0 e.V. mahnt in diesem Kontext: "Die heterogenen Infrastrukturen von Bund, Ländern und Kommunen verhindern in vielen Bereichen eine effiziente ebenenübergreifende und interkommunale Zusammenarbeit kommunaler und staatlicher Verwaltungen. Zur Professionalisierung und Konsolidierung des nationalen öffentlichen Cyberraums sind deshalb Standardarchitekturen für Kommunale Cyberräume auf Länderebene unabdingbar."

Einen konstruktiven Vorschlag zum hierfür erforderlichen Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen unterbreitete Dr. Stefan Grosse, Referatsleiter IT 5 im Bun-



Dr. Stefan Grosse, Referatsleiter IT 5 im Bundesinnenministerium Foto: BS/Kommune 2.0

desministerium des Innern in der Schlussdiskussion: "Uns ist bewusst, dass der IT-Grundschutz die Anwender vor eine große Herausforderung stellt. Gleichzeitig ist er unerlässlich in Anbetracht der stetig wachsenden Bedrohungen und Gefährdungen. Das BSI ist gerade dabei den Grundschutz neu zu denken. So soll für die Anfänger der Einstieg erleichtert werden und den Profis schneller als bisher mit den passenden Schutzmechanismen geholfen werden. Der Bund hat ein hohes Interesse daran, unter Mitwirkung der Länder, aber gerade auch der Kommunen den Grundschutz neu und modern zu gestalten. Am Ende kann so ein Produkt entstehen, welches insbesondere den Anwendern auf kommunaler Ebene die Arbeit erleichtert und so die Sicherheit erhöht. Die Sicherheit wird aber auch dann nicht zum Nulltarif zu haben sein."

Der Deutsche Landkreistag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund werden mit dem Initiativkreis "Kommunaler Cyberraum" im Fraunhofer Institut FOKUS Sicherheitsszenarien aus Sicht der Kommunen entwickelt. Bereits vorhandene Konzepte und Infrastrukturen aus Bund, Ländern und Kommunen sollen dabei im Sinne von intelligent integrierten Infrastrukturen gebündelt werden. Ein erstes White Paper zum "Kommunalen Cyberraum" wird zur CeBIT 2014 von der Initiative Kommune 2.0 vorgestellt.

**i** Dokumentation der Kommune 2.0-Sicherheitskonferenz